

Muss die Kinderbildung radikal reformiert werden?

Von Andrea Asch; Marie-Theres Kastner 20. September 2009, 04:00 Uhr

Schlecht steht es um die Kinderbildung in NRW - so warnen Verbände, seit das Kinderbildungsgesetz (Kibiz) in Kraft trat. Nun scheint eine Studie den Befund zu bestätigen. Muss Kibiz von Grund auf überholt werden? Andrea Asch (Grüne) sagt ja, Marie-Theres Kastner (CDU) sagt nein

Pro: Andrea Asch (Grüne)

Wie jeden morgen wird der zweijährige Tim in die Familiengruppe seiner Kita gebracht. Doch heute ist etwas anders, denn Katrin ist nicht mehr da. Sie hat sich immer um die Kleinsten der Gruppe gekümmert. Tims Gruppe bestand einmal aus 15 Kindern, sieben von ihnen unter drei Jahren. Betreut wurden sie von drei Fachkräften. Aber Katrin wird seit Inkrafttreten des Kinderbildungsgesetzes nicht mehr finanziert.

Dies ist nicht das einzige Beispiel für den Abbau von Qualitätsstandards. Verfügungszeiten für Elternarbeit, zur Vor- und Nachbereitung, Zuschüsse für soziale Brennpunkt-Kitas, Leitungsstunden - all das wird nicht mehr bezahlt. Dafür müssen die Kitas jetzt mehr Zeit in Bürokratie stecken. Erste Studien zu den Auswirkungen des Kibiz bestätigen: der Erzieherinnen-Kind-Schlüssel hat sich verschlechtert, es steht weniger Zeit für die individuelle Förderung der Kinder zur Verfügung. Eine Untersuchung des Sozialpädagogischen Instituts Köln zeigt bei drei Viertel der Fachkräfte eine stärkere Belastung, 68 Prozent klagen über größeren Zeitdruck, der Krankenstand wächst.

Auch die repräsentative Befragung von 2551 Eltern durch die Technische Universität Dortmund ergab, dass 70 Prozent der Eltern unzufrieden mit den Auswirkungen des Kibiz sind. Besonders häufig wird die personelle Unterbesetzung der Kitas beklagt. Erzieherinnen sind erschöpft und können dem einzelnen Kind nicht mehr gerecht werden. Landtagsabgeordnete, die ihre Landtagspost lesen und Kitas vor Ort besuchen, wissen längst, dass Kibiz bei Eltern und Fachkräften durchgefallen ist.

Dabei sollte alles anders kommen. Familienminister Laschet hatte mehr Bildung, Geld und Plätze für die Kleinsten und flexible Angebote für die Eltern versprochen. Die Realität sieht deutlich anders aus: Eltern müssen sich bis zu anderthalb Jahre im Voraus auf starre Betreuungszeiten festlegen. Die finanziellen Mittel steigen nicht in dem Maße wie es die hohen Anforderungen und die Kinderzahlen erforderlich machen. Der NRW-Landeszuschuss pro betreutem Kind beträgt im Schnitt nur 2200 Euro, in Rheinland-Pfalz sind es 2900 Euro. Während in fast allen Bundesländern der Einstieg in die Beitragsfreiheit gemacht wurde, werden in Nordrhein-Westfalen die Elternbeiträge in vielen Städten erhöht. Mehr Bildung und Sprachförderung geht nur mit einer guten Personalausstattung, doch die ist mit den Kibiz-Vorgaben nicht zu realisieren. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit trifft auch die Krippenplätze. Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen: Nordrhein-Westfalen gehört zu den Schlusslichtern im Ländervergleich. Die anderen Länder schaffen den Ausbau der Plätze schneller. NRW bremst den bundesweiten Schub beim Ausbau der Plätze für Unterdreijährige mit gesetzlichen Deckelungen im Kibiz aus: Den Kommunen zugesagte Bundesmittel behält Finanzminister Linssen ein - das gibt's wirklich nur in Nordrhein-Westfalen.

Fazit: Kibiz hat die Rahmenbedingungen für Kinder und Familien deutlich verschlechtert. Andere Bundesländer hängen Nordrhein-Westfalen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ab. Kibiz muss in die Generalrevision, weil es bei allen Anforderungen, die heute an ein Kindergartengesetz gestellt werden, versagt. Notwendig sind bessere Personalschlüssel gerade für Kinder unter drei Jahren, die Aufhebung der gesetzlichen Beschränkung bei der Schaffung von Krippenplätzen und die stufenweise Abschaffung der Elternbeiträge. Das sind keine unbezahlbaren Utopien, sondern Zukunftsinvestitionen, die in vielen anderen Bundesländern und europäischen Staaten selbstverständlich sind.

Andrea Asch ist kinder- und familienpolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, Psychologin und Mutter von drei Kindern

Kontra: Marie-Theres Kastner (CDU)

In diesen Tagen Ratschläge von SPD und Bündnisgrünen auf der Grundlage von Dortmunder Erfahrungen in Erwägung zu ziehen - das fällt schwer. Immerhin steht die SPD der Westfalenmetropole mit ihrem Oberbürgermeister Langemeyer sowie dem designierten SPD-OB Sierau an der Spitze unter Verdacht, an einem schweren Wahlbetrug beteiligt zu sein.

Darüber hinaus steht das von den Sozialdemokraten geführte Dortmund als Synonym dafür, wie man das vor einem Jahr in Kraft getretene Gesetz zur frühen Bildung und Betreuung von Kindern (Kibiz) bewusst vor die Wand fährt. Hier erwächst aus vermeintlich parteipolitischer Profilierung großer Schaden für Kinder, Eltern und Erzieherinnen.

Jüngstes Beispiel: Die Stadt Dortmund kürzt den Erzieherinnen, die während des Kindergartenstreiks krank waren, das Gehalt. Da ist man versucht, den Genossen in Dortmund und in der Düsseldorfer Landespartei zentrale zuzurufen: Sorgt erst mal für eine Generalrevision im eigenen Laden, wir kümmern uns schon um die Kinder, Eltern und Erzieherinnen. Deshalb sind Umfragen unter Dortmunder Eltern wie die jüngste Studie der TU Dortmund auch alles andere als repräsentativ.

Für Kinder, Eltern und Erzieherinnen haben CDU und FDP im Düsseldorfer Landtag vor einem Jahr das neue Kinderbildungsgesetz auf den Weg gebracht. Mit dem Kibiz investiert Nordrhein-Westfalen soviel Geld in die frühe Bildung und Betreuung seiner Kinder wie noch niemals zuvor in der Geschichte des Landes. Weit über eine Milliarde Euro ist der gegenwärtigen Landesregierung und den sie tragenden Parteien das im Jahr wert. Das Geld ist sehr gut angelegt, wie eine erste Bilanz nach einem Jahr Kibiz deutlich macht: Es gibt erheblich mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, eine bessere Qualität in der frühen Bildung, ein flexibleres Angebot der Kindertageseinrichtungen und mehr Erzieherinnen. Stichwort U-3-Betreuung: Hier sah die Abschlussbilanz von SPD und Grünen im Frühjahr 2005, als Jürgen Rüttgers die Regierungsgeschäfte in Düsseldorf übernahm, mehr als blamabel aus. Gerade mal 11 800 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren gab es seinerzeit, Nordrhein-Westfalen trug damit im Vergleich der Bundesländer die Rote Laterne des Tabellenletzten.

Aus dieser Verantwortung werden wir SPD und Bündnisgrüne nicht entlassen, wenn sie heute Umfragen aus Köln und Dortmund ins Feld führen, deren Methodik und Aussagekraft im Dunkeln bleiben. Wir dagegen haben das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren in den vergangenen vier Jahren auf über 86 000 Plätze erhöht. Im kommenden Jahr wollen wir bei über 112 000 Plätzen für Kinder unter drei Jahren landen.

Die Stärkung und Förderung der Bildung unserer Kinder und Jugendlichen von den Kindertageseinrichtungen über die Schule bis hin zur Ausbildung und Universität sind Markenkern christdemokratischer Arbeit in Nordrhein-Westfalen. Und dabei verbessern wir auch die Rahmenbedingungen für Familien mit ihren Kindern in Nordrhein-Westfalen.

Wir sorgen für mehr Bildung unserer Kinder und für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daran werden wir auch nach der Landtagswahl im Frühjahr 2010 engagiert weiterarbeiten. So wollen wir zum Beispiel in der nächsten Legislaturperiode den gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Alter von zwei Jahren umsetzen.

Marie-Theres Kastner ist kinder- und familienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Lehrerin und Mutter von vier Kindern